

Stand: 30.05.2026 00:04:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6242

"Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6242 vom 08.04.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6324 vom 09.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 2. April 2025 umfangreiche neue Zölle auf den Import von Waren – auch aus der Europäischen Union – verhängt hat.

Der Landtag beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge, da sie eine grundsätzliche Abkehr von den Prinzipien des freien Welthandels und eine weitere Abkühlung des transatlantischen Verhältnisses zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet.

Der Landtag befürchtet, dass solche einseitigen neuen Zollschranken für Unternehmen und Verbraucher auf der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa, spürbar negative Effekte haben, zum Beispiel einen massiven Inflationsschub für Verbraucher in den USA und Nachfrageeinbußen für Unternehmen aus Europa und dem Rest der Welt. Zudem birgt die großangelegte Einführung von Zöllen aus Sicht des Landtags das Risiko weiter eskalierender Handelskonflikte, von denen noch größere Schäden für Wachstum und Wohlstand ausgehen könnten.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag über die Auswirkungen der angekündigten Zölle auf die bayerischen Industrien und Unternehmen zu berichten.

Der Landtag spricht sich dafür aus, im Sinne der langen Jahre der transatlantischen Partnerschaft mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Verhandlungen zu treten, um statt einer eskalierenden Zollschraube eine gemeinsame Entwicklung des freien Welthandels und den weiteren Abbau von Handelshemmnissen zu erreichen.

Zugleich wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Europäische Union angesichts der neuen Zölle auch geschlossen wirksame und angemessene Gegenmaßnahmen treffen kann, um die Unternehmen und Verbraucher in Europa zu schützen. Dabei sollen alle möglichen, auf

europäischer Ebene vorbereiteten Instrumente erwogen werden, von der Verteuerung der Einfuhr von amerikanischen Produkten, zu denen es in Europa Alternativen gibt, bis hin zu weiterreichenden Maßnahmen im Sinne der Verordnung (EU) 2023/2675 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang.

Dem Landtag ist wichtig, dass auf europäischer Ebene auch intensiv daran gearbeitet wird, Maßnahmen zu treffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft fördern. Ein Aspekt kann dabei sein, den europäischen AI-Act grundlegend zu reformieren mit dem Ziel, europäischen KI-Unternehmen bessere Chancen im Wettbewerb mit außereuropäischen Konkurrenten zu verschaffen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen einzusetzen – sowohl im Rahmen der Welthandelsorganisation, als auch durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit weiteren Partnern wie zum Beispiel Indien. Das Mercosur-Abkommen bietet ebenfalls kurzfristig Chancen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu prüfen, inwieweit bayerische Unternehmen mit infolge der Zölle sinkenden US-Umsätzen durch die Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftsförderung gezielt bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt werden können.

Begründung:

Die Vereinigten Staaten von Amerika belegen ab 5. April 2025 Einfuhren aus allen Ländern der Welt pauschal mit Zöllen von 10 Prozent. Am 2. April 2025 kündigte die US-Regierung außerdem einen komplexen Mechanismus an, der für viele Länder mit Wirkung ab 9. April 2025 höhere Zölle vorsieht. Für die Länder der Europäischen Union werden Exporte in die Vereinigten Staaten mit einem Zoll von zusätzlichen 20 Prozent belegt, von einigen, möglicherweise zeitlich befristeten Ausnahmen abgesehen.

Dabei verkennt die Handelspolitik der Regierung Trump aus Sicht des Landtags, dass die Vereinigten Staaten im Dienstleistungsbereich – anders als im Warenhandel – riesige Außenhandelsüberschüsse erzielen. Dies gilt insbesondere für den weltweiten Absatz von Digitaldienstleistungen wie Softwarelizenzen oder Clouddiensten. Der Bedarf an Zöllen und anderen handelspolitischen Maßnahmen zur Verringerung der US-Warenimporte ist daher weitaus geringer als von der US-Administration dargestellt.

In der Realwirtschaft werden die Folgen der neuen US-Zölle erst in den kommenden Monaten schrittweise spürbar. Es wird erwartet, dass diese neuen Zölle – so sie nicht noch im Verhandlungswege aufgehoben oder abgemildert werden – erhebliche Folgen für die deutsche Wirtschaft haben werden. Berechnungen gehen davon aus, dass die Exporte aus Deutschland in die USA um etwa 20 Prozent sinken könnten. Das Bruttoinlandsprodukt könnte dauerhaft um bis zu 0,5 Prozent p. a. sinken.

An den Börsen lässt sich die fatale Wirkung bereits heute ablesen. Sowohl an den US-Börsen als auch an den internationalen Finanzmärkten sind die Aktienkurse eingebrochen, weil die Anleger mit deutlich sinkenden Unternehmensgewinnen rechnen.

Bayern als wirtschaftlicher Motor mit starker, exportierender Industrie (z. B. Automotive, Maschinenbau) wäre davon in besonderem Maße betroffen. Allein im vergangenen Jahr haben bayerische Unternehmen Waren im Wert von 29 Mrd. Euro in die USA geliefert. Etwa die Hälfte der Exportumsätze wurden mit Autos und Maschinen erzielt. Damit sind die USA der wichtigste Exportmarkt für bayerische Unternehmen. Umgekehrt importierte Bayern im Jahr 2024 Waren und Güter im Wert von fast 13 Mrd. Euro aus den USA.

Zudem ist infolge der US-Zölle mit einer Umleitung globaler Warenströme zu rechnen. Insbesondere chinesische Produzenten könnten verstärkt in europäische Märkte drängen und den Wettbewerbsdruck für heimische Unternehmen verschärfen.

Mit der Verordnung (EU) 2023/2675 wurde 2023 ein rechtlicher Rahmen geschaffen, um die Union und ihre Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittstaaten zu schützen und es der EU zu ermöglichen, auf diese Zwangsmaßnahmen zu reagieren.

Mögliche Gegenmaßnahmen im Sinne der Verordnung sind:

- Einführung neuer oder höherer Zölle,
- Einfuhr- oder Ausfuhrbeschränkungen,
- Einführung von Beschränkungen des Handels mit Waren,
- Ausschluss des Drittstaates von der öffentlichen Auftragsvergabe,
- Einführung von Beschränkungen des Handels mit Dienstleistungen,
- Einführung von den Marktzugang für ausländische Direktinvestitionen in der Union beeinträchtigenden Maßnahmen,
- Einführung von Einschränkungen beim Schutz von Rechten des geistigen Eigentums oder ihrer kommerziellen Nutzung,
- Einführung von Einschränkungen für das Bank- und Versicherungswesen, den Zugang zu Kapitalmärkten der Union und sonstigen Finanzdienstleistungen,
- Einführung oder Verschärfung von Einschränkungen der Möglichkeit, Waren in Verkehr zu bringen, die unter das Chemikalienrecht der Union fallen,
- Einführung oder Verschärfung von Einschränkungen der Möglichkeit, Waren in Verkehr zu bringen, die unter die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften der Union fallen.

Protektionismus und Nationalismus schaden der bayerischen Wirtschaft. Deshalb ist es wichtig, im Interesse Bayerns und seiner Menschen auf internationale Zusammenarbeit zu setzen und Handelsbarrieren abzubauen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzingler, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/6242

Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 2. April 2025 umfangreiche neue Zölle auf den Import von Waren – auch aus der Europäischen Union – verhängt hat.

Der Landtag beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge, da sie eine grundsätzliche Abkehr von den Prinzipien des freien Welthandels und eine weitere Abkühlung des transatlantischen Verhältnisses zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet.

Der Landtag befürchtet, dass solche einseitigen neuen Zollschranken für Unternehmen und Verbraucher auf der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa, spürbar negative Effekte haben, zum Beispiel einen massiven Inflationsschub für Verbraucher in den USA und Nachfrageeinbußen für Unternehmen aus Europa und dem Rest der Welt. Zudem birgt die großangelegte Einführung von Zöllen aus Sicht des Landtags das Risiko weiter eskalierender Handelskonflikte, von denen noch größere Schäden für Wachstum und Wohlstand ausgehen könnten.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag über die Auswirkungen der angekündigten Zölle auf die bayerischen Industrien und Unternehmen zu berichten.

Der Landtag spricht sich dafür aus, im Sinne der langen Jahre der transatlantischen Partnerschaft mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Verhandlungen

zu treten, um statt einer eskalierenden Zollschraube eine gemeinsame Entwicklung des freien Welthandels und den weiteren Abbau von Handelshemmnissen zu erreichen.

Zugleich wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Europäische Union angesichts der neuen Zölle auch geschlossen wirksame und angemessene Gegenmaßnahmen treffen kann, um die Unternehmen und Verbraucher in Europa zu schützen. Dabei sollen alle möglichen, auf europäischer Ebene vorbereiteten Instrumente erwogen werden, von der Verteuerung der Einfuhr von amerikanischen Produkten, zu denen es in Europa Alternativen gibt, bis hin zu weiterreichenden Maßnahmen im Sinne der Verordnung (EU) 2023/2675 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang.

Dem Landtag ist wichtig, dass auf europäischer Ebene auch intensiv daran gearbeitet wird, Maßnahmen zu treffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft fördern. Ein Aspekt kann dabei sein, den europäischen AI-Act grundlegend zu reformieren mit dem Ziel, europäischen KI-Unternehmen bessere Chancen im Wettbewerb mit außereuropäischen Konkurrenten zu verschaffen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen einzusetzen – sowohl im Rahmen der Welthandelsorganisation, als auch durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit weiteren Partnern wie zum Beispiel Indien. Das Mercosur-Abkommen bietet ebenfalls kurzfristig Chancen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu prüfen, inwieweit bayerische Unternehmen mit infolge der Zölle sinkenden US-Umsätzen durch die Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftsförderung gezielt bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Alexander Hold

Abg. Oskar Lipp

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Florian von Brunn

Abg. Markus Saller

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg (Drs. 19/6242)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur noch wenig Zeit. Der Antrag ist gut. Lesen Sie ihn durch. Es sind viele Dinge drin, die ich jetzt nicht mehr vortragen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber eines möchte ich hier an der Stelle sagen: Bitte auf den Applaus verzichten, sonst verliere ich ja noch mehr Zeit.

(Heiterkeit)

Der Freihandel ist für Bayern immens wichtig. Ich könnte Ihnen die Zahlen vortragen. Die angedrohten Zölle oder die auch zum Teil schon eingeführten Zölle sind dramatisch. Donald Trump sagt in einem Interview: Ich weiß verdammt gut, was ich tue. – Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, er weiß es nicht. Er weiß nicht, was er seiner Bevölkerung antut, und er weiß nicht, was er der Weltwirtschaft antut.

Wir können aber von Bayern aus einiges tun. Wir können zunächst einmal die EU dabei unterstützen, dass sie eine Verhandlungslösung sucht; denn ein Zoll-, ein Handelskrieg bringt niemandem etwas, und gerade Bayern als exportorientiertes Land, das vom Freihandel profitiert hat, wird es besonders merken.

Wir können uns in der Zukunft für Freihandel auch mit anderen Regionen einsetzen. Ich hoffe, dass diejenigen, die sich noch vor einigen Jahren wegen Chlorhühnchen gegen Globalisierung und Freihandel ausgesprochen haben – gegen einen Freihandel, der am Ende allen Staaten auf der Erde Vorteile bringt –, nun grundsätzlich geheilt sind.

Den Kollegen von der AfD möchte ich sagen: Wenn Sie jetzt nicht merken, dass dieses Irrlichtern mit einem EU-Austritt Bayern in eine Katastrophe führt – in eine Katastrophe für unsere Menschen hier in Bayern –, dann weiß ich nicht, ob Sie noch einer Einsicht fähig sind.

Was können wir als Drittes tun? – Kolleginnen und Kollegen, wir können an einer aktiven Wirtschaftspolitik anknüpfen, die Otto Wiesheu und Ilse Aigner maßgeblich geprägt haben, denen wir heute auch zu verdanken haben, dass wir in vielen Regionen der Welt Partnerschaften und Büros bayerischer Auslandsvertretungen haben. Das müssen wir ausbauen. Da müssen wir mit einer bayerischen Außen- und Wirtschaftspolitik ansetzen, auch wenn die Kompetenzen da vielleicht beim Bund liegen; aber uns hat nie jemand daran gehindert, das zu tun. Das sollten wir ausbauen.

Wir können unsere Wirtschaft stärken. Ich sehe Walter Nussel. Wir müssen das Lieferkettengesetz auf der europäischen und auf der deutschen Ebene abschaffen. Wir müssen Bürokratie zurückbauen, damit unsere Wirtschaft in dieser schwierigeren Zeit stärker wird, damit wir möglichst viel von dieser Exportstärke erhalten und damit wir unsere Innovationskraft auch wieder weiter nach außen tragen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Wagle
(CSU): Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben noch mehr Redezeit!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Alexander Hold vor.

(Allgemeine Heiterkeit)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bausback, entgegen Ihrer sonst üblichen Sorgfalt erscheint mir das Thema jetzt nicht ausreichend und umfassend begründet.

(Anhaltende Heiterkeit)

Vielleicht können Sie noch darlegen: Glauben Sie nicht, dass wir da auch noch einige andere Dinge beachten sollten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Hold, das ist wahre koalitionäre Freundschaft. Die Frage finde ich sehr wichtig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass wir uns verdeutlichen, dass Bayern 2024 insgesamt Exporte im Wert von 28,9 Milliarden Euro in die USA hatte, dass die Automobilindustrie mit 8,1 Milliarden Euro an diesen Exporten beteiligt ist. Ganz viele andere Bereiche könnte ich hier auch noch nennen. Daran sehen wir, dass Wohlstand, dass Arbeitsplätze in Ingolstadt, aber auch in Aschaffenburg und in anderen Teilen Bayerns von der Exportmöglichkeit abhängen. Deshalb müssen wir auch alles dafür tun, dass es nicht zu einem Konflikt kommt; wenn er aber kommt, dann müssen wir ihn mit Entschiedenheit führen und müssen versuchen, andere Absatzmärkte in Indien, in den Mercosur-Staaten oder in anderen Teilen der Welt zu erschließen. Ich bin mir sicher: Bayern ist stark genug, um diese Herausforderung zu meistern. Ich bedanke mich ausdrücklich noch einmal für die Frage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein sehr wichtiges Thema, über das wir jetzt sprechen. Die CSU fordert mit ihrem heutigen Antrag die Aufnahme von Verhandlungen über die neuen US-Zölle, um die bayerische Wirtschaft zu schützen. Dieser Schaufensterantrag ist nicht nur belanglos, da der Außenhandel – wie Sie sicherlich wissen – nicht in die Kompetenz Bayerns fällt, sondern er zeigt auch die eklatanten Fehler der CSU auf.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da kennen Sie die bayerische Geschichte aber schlecht!)

Ich nenne Ihnen gleich drei Punkte,

(Michael Hofmann (CSU): Wie ambitionslos ist das denn?)

die uns in diese Lage gebracht haben:

Erstens. Die CSU hat die wachsende Abhängigkeit Deutschlands von den USA jahrelang ignoriert. Die AfD hat bereits in den letzten Monaten und Jahren in zahlreichen Anträgen und Anfragen davor gewarnt, doch die CSU hat uns diffamiert und uns als antiamerikanisch hingestellt. Die Fakten sprechen für sich.

(Michael Hofmann (CSU): Genau, so ist es!)

10 % unserer Exporte gehen in die USA. US-Fonds wie BlackRock halten indirekt circa 65 % an den DAX-Konzernen, und 45 % der deutschen Gasimporte kommen – woher? – aus den USA, meine Damen und Herren. Diese Abhängigkeit macht uns erpressbar.

(Beifall bei der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Habt ihr da mit Musk schon drüber geredet?)

Historisch gesehen ist das nichts Neues. Handelskriege zwischen einer aufstrebenden Weltmacht und dem Hegemon, wie heute zwischen China und den USA, gab es

immer wieder, etwa zwischen Großbritannien und den USA im 19. Jahrhundert. Oftmals mündeten solche erst kleineren, später größeren Konflikte leider in echte Kriege. Die CSU hätte diese Dynamik damals schon vorausschauend erkennen müssen, statt uns in die Abhängigkeit zu führen.

Ich komme zum zweiten Punkt. Die CSU hat Trump unterschätzt

(Michael Hofmann (CSU): Er widerspricht sich schon wieder selber, ja!)

und sich gegen ihn positioniert. – Das waren nicht wir, das waren Sie hier.

(Michael Hofmann (CSU): Sie widersprechen sich!)

Die Altparteien haben die Republikaner beschimpft.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sagen etwas anderes, als Sie selbst vorher sagten!)

– Das waren Sie.

(Unruhe)

Sie haben die Republikaner beschimpft

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

und sich auch dreist in den US-Wahlkampf eingemischt, indem Sie für die Demokraten geworben haben.

(Beifall bei der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So sieht es aus. Dabei verkennen Sie Trumps Strategie. Mit seinen Zöllen zwingt er Europa zu einem Abkommen, das nur den USA dient. Trump will den Euro aufwerten, mehr US-Gasexporte erzwingen und Europa dazu bringen, endlich seine Militärausgaben zu erhöhen.

Zur Wahrheit gehört drittens nämlich auch: Die CSU hat den Wirtschaftsstandort Deutschland mit ruiniert.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, ja!)

Während Trump mit seiner America-First-Politik die US-Industrie stärkt, hat die CSU mit Rot-Grün in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine grüne Deindustrialisierungspolitik betrieben.

(Michael Hofmann (CSU): Und der Schnee ist schwarz, richtig!)

Deutsche Firmen wandern nach wie vor in die USA ab, weil wir hohe Steuern, hohe Energiepreise und eine immense Bürokratie haben. Ich meine auch das Lieferkettengesetz. Endlich schaffen Sie es ab. Zumindest haben Sie es jetzt angekündigt, Herr Prof. Bausback. Wir fordern das in unseren Anträgen schon seit Jahren. Wir haben auch einen Fachkräftemangel. So haben seit der Ära Merkel – Thema Union – über eine Million echte Fachkräfte unser Land verlassen. Auch die CSU hat uns wirtschaftlich an den Abgrund geführt, während Trump berechtigterweise seine Interessen für sein Land durchsetzt.

Abschließend möchte ich noch sagen: Trump mag ein Verbündeter gegen den Wokismus sein, aber er schützt nicht die deutschen Interessen. Er wälzt die Lasten auf Europa ab. Das sehen wir jetzt auch. Wir müssen unseren eigenen Weg gehen, meine Damen und Herren,

(Michael Hofmann (CSU): Außerhalb der Union?)

als Bayern und als Deutschland und als Europa. Das heißt: Wir müssen unsere nationale Souveränität stärken und die Abhängigkeiten überwinden.

(Michael Hofmann (CSU): Genau, Einzelkämpfer! Wahnsinn!)

Dazu gehört auch, dass die Russlandsanktionen der EU endlich aufgehoben werden, um unsere Energieversorgung endlich wieder zu diversifizieren und wirtschaftlich unabhängiger zu werden. Deutschland braucht jetzt endlich echte Reformen:

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

weniger Bürokratie, günstige Energie, niedrigere Steuern und eine Rückkehr unserer Fachkräfte. Meine Damen und Herren, diese Reform wird es nur mit der AfD in Regierungsverantwortung geben,

(Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Um Gottes willen!)

oder, wie Elon Musk sagte: "Only the AfD can save Germany!"

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! So viele Widersprüche in einer Rede! Unglaublich!)

– Das war doch eine Punktlandung, oder nicht?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback vor.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Lipp, Sie geben vor, Sie seien für eine Stärkung der deutschen Souveränität, und gleichzeitig sprechen Sie sich dafür aus, die Zwangsmittel gegen einen brutalen Aggressor in Europa zurückzunehmen. Sie geben einer Handelspolitik von Trump recht – Sie haben nämlich davon gesprochen, dass die berechtigt sei –, die gegen alle Grundsätze des internationalen Wirtschaftsrechts verstößt, die in der WTO und im GATT von den USA als Gründungsmitglied mit verankert wurden und die den Freihandel klar als Thema für die internationale Ordnung benannt haben. Sie geben Trump recht, wenn er davon abweicht. Ich kann nicht verstehen, wie Sie zu einer solchen Logik kommen. Ich kann auch nicht verstehen, dass Sie in dieser dramatischen Situation unseres Landes dafür plädieren, aus der EU auszutreten. Das tun Sie nämlich als AfD. Sie führen Deutschland ins Verderben. Sie

führen Bayern mit diesen Ideen in einen wirtschaftlichen Niedergang. Ich hoffe sehr und vertraue darauf, dass Sie nie in die Verantwortung kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Prof. Bausback, vielen Dank für Ihre Zwischenfrage. Eine kurze Anmerkung dazu: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass wir endlich mit Indien Handel treiben müssten. Wie soll denn das funktionieren? Es gibt doch die BRICS-Staaten. Glauben Sie, dass die anderen Länder auf Deutschland oder auf Europa warten? Sie haben uns mit Ihrer Politik weltwirtschaftlich isoliert. Da können Sie lachen, wie Sie wollen. Das wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen.

Deutschland und Europa werden sich immer weiter isolieren. Es wird neue Allianzen und eine bipolare Weltordnung geben. Wir werden sehen, was sich dadurch ändert.

(Michael Hofmann (CSU): So viel Redezeit für so wenig Ahnung!)

Noch ganz kurz zum Thema US-Zölle: Deutschland hat schon immer die sogenannte Einfuhrumsatzsteuer erhoben. Ich habe hier ein Schaubild, das ich Ihnen gerne geben kann.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Haben Sie das auch für die Lkws? Sie sehen immer nur die eine Seite der Medaille! Sie tragen Scheuklappen wie bei vielen anderen Themen auch!)

Ich kann Ihnen dieses Schaubild gerne geben. Es betrifft die Automobilbranche. – Außerdem möchte ich noch sagen: Die Strategie, die Donald Trump verfolgt, ist auf diesem Schaubild mehr oder weniger niedergeschrieben.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Oskar Lipp (AfD): Es schadet nichts, wenn man sich damit beschäftigt. Dann kann man auch darauf reagieren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Herr Kollege Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag lässt einen wirklich fassungslos auf die Geschehnisse zurückblicken. Apple ist schlagartig nicht mehr der teuerste und wertvollste Konzern der Welt. Warum? – Ausgerechnet wegen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, wegen Donald Trump persönlich.

(Lachen bei der AfD)

Er hat sich heute mit China eine beispiellose Zollschlacht geboten. Beide Länder haben sich gegenseitig mit Zöllen beworfen. Mein letzter Stand sind 125 % der Amerikaner gegenüber den Chinesen und 84 % in die andere Richtung. Wie gesagt, das war der Stand vor ungefähr einer Stunde. Das kann sich mittlerweile geändert haben.

Das Ganze hat gravierende Folgen für die Unternehmen, die in globale Wertschöpfungsketten und Lieferketten investiert und dort in der Vergangenheit Kapazitäten aufgebaut haben. Der weltweite Handel steht quasi vor dem Kollaps, und die Börsen brechen weltweit schlagartig zusammen. Ich muss sagen, eine saubere Leistung für zwei Monate amerikanische Präsidentschaft.

Trump liefert für seine Maßnahmen volkswirtschaftlich sehr fragwürdige Begründungen. Er führt insbesondere ein Handelsdefizit an, das die USA gegenüber anderen Ländern hätten. Ja, dieses Defizit haben sie tatsächlich, aber aufgrund einer globalen Arbeitsteilung, auf die wir uns im Zuge der Globalisierung verständigt haben. Das kann man natürlich kritisieren; aber am Ende profitieren insbesondere die Amerikaner und

die Europäer von dieser Globalisierung durch die Verschiebung gewisser Wertschöpfungsketten aus Europa und Amerika in andere Länder.

Die USA sind der größte Exporteur von Dienstleistungen, von immateriellen Gütern, insbesondere von digitalen Diensten. Für uns in Europa und Deutschland bedeutet das, dass wir jetzt geschlossen und entschlossen auf diesen sich anbahnenden Handelskrieg reagieren müssen. Einerseits müssen wir unseren Binnenmarkt und unser Wirtschaftssystem stärken, resilienter gestalten und gegen geopolitische Maßnahmen schützen. Andererseits müssen wir gegenüber den USA mit gezielten Maßnahmen Druck ausüben, um Verhandlungsbereitschaft zu erreichen, die nicht in einen Handelskrieg führt, der am Ende für alle nur Verluste und Nachteile bedeuten würde. Wir müssen diese Konflikte anderweitig beilegen.

Wir sprechen hier von einer Handvoll Maßnahmen, die wir auf europäischer Ebene treffen können. Dazu hätte ich mir von der CSU mehr gewünscht. Ich nenne zum Beispiel die strategischen Investitionen in die Wirtschaftsinfrastruktur. Ich denke, die bösen Subventionen, von denen immer gesprochen wird, sind in den kritischen Bereichen richtig und wichtig. Dort, wo die USA rausgehen, müssen wir als Europäer reingehen und neue Allianzen bilden. Wir können zum Beispiel in Mexiko und Kanada Alternativen bieten. Wir müssen Mercosur und andere Handelsabkommen schnell unterzeichnen und umsetzen. Außerdem müssen wir Regionen wie Indien, Ostasien oder Afrika durch einen pragmatischen Abbau von Hürden in unsere Handelsinfrastruktur aufnehmen, ohne dafür umfangreiche Abkommen zu formulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Binnenmarktreform, müssen unseren EU-Kapitalmarkt stärken und eine einheitliche europäische Mehrwertsteuer einführen, um Hürden abzubauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu guter Letzt brauchen wir eine europäische Digitalsteuer, damit auch die digitalen Tech-Konzerne aus den USA in unser Gemeinwohl einzahlen.

Sie sollen hier nicht nur profitieren, Umsätze und Gewinne erzielen, sondern sich finanziell an unserem Staat beteiligen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland und Europa müssen ein Zeichen setzen. Ich wünsche mir deshalb von der CSU Unterstützung für die Einführung einer Digitalsteuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Kollegen Prof. Bausback habe ich noch ganze fünf Minuten. Vielleicht stellen meine Kolleginnen und Kollegen noch Zwischenfragen; dann wird es noch länger. Ich möchte aber gar nicht so viel Zeit verschwenden.

Wir sprechen hier über ein sehr ernsthaftes Thema, das den Wohlstand in Deutschland und Europa massiv gefährdet. Deshalb begrüßen wir heute den Dringlichkeitsantrag der CSU. Wenn wir nach Amerika blicken, müssen wir uns wirklich wundern, was dieser Mann dort anrichtet. Das gilt nicht nur für die transatlantische Sicherheitsarchitektur oder die rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnisse in Amerika, sondern auch im Hinblick auf das Welthandelssystem. Eigentlich müsste er es besser wissen; denn er hat diesen Versuch schon einmal im Jahr 2016 gestartet. Er hat bereits damals eine ähnlich erratische und produktivitätsfeindliche Zollpolitik eingeführt.

Die Bewertung dieser Zeit durch die amerikanischen Ökonomen und die Federal Reserve Bank ist klar: Diese Zollpolitik hat nicht zu mehr Arbeitsplätzen in den USA geführt. Es war ja das Ziel, die amerikanische Stahlindustrie und den Automobilbau zu fördern. Diese Politik hat vielmehr dazu geführt, dass die Inflation und die Verbraucherpreise gestiegen sind. Diese Politik hat zu einer Abschwächung des Wachstums

weltweit geführt. Die gleiche Folge wird die jetzige Politik in noch viel stärkerem Maße haben, wenn sie so fortgeführt wird. Deswegen ist es gut, wenn die Europäische Union zeigt, welche Maßnahmen sie in ihrem Werkzeugkasten hat, um Gegendruck aufzubauen. Wichtig ist aber, dass wir dabei dosiert vorgehen, wie das die Europäische Kommission getan hat. Das ist vernünftige Politik.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es vielleicht nicht nur bei europäischer Zoll- und Handelspolitik bewenden lassen können. Wir müssen auch darauf schauen, was wir in Deutschland und in Bayern tun können. Ich bin froh, dass heute mit dem Koalitionsvertrag viele vernünftige wirtschaftliche Regelungen getroffen worden sind, die das Wachstum stärken, Investitionen anreizen und die Automobilwirtschaft unterstützen. Ich denke, es wäre sinnvoll, in einiger Zeit eine Neubewertung der wirtschaftlichen und der industriellen Situation vorzunehmen und zu überlegen, mit welchen Mitteln wir auf die konjunkturelle Lage, die Arbeitslosigkeit und Ähnliches in Bayern reagieren können.

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der CSU zustimmen. Herr Prof. Bausback, ich möchte aber schon noch einige kritische Einlassungen zu der TTIP-Diskussion, die wir in Deutschland hatten, machen. Ich finde es gut, wenn wir eine kritische Diskussion führen. Wir sind für einen freien, aber für einen regelbasierten Handel. Ich möchte keine amerikanischen Verhältnisse, wo über 10.000 Zusatzstoffe für Lebensmittel zugelassen sind und wo 60 % der Lebensmittel derartige Zusatzstoffe enthalten. Wir brauchen deshalb zwar eine liberale Außenhandelspolitik, aber mit klaren Regeln und mit sozialen Standards. Dafür steht die SPD. Wir stimmen Ihrem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt Herr Kollege Markus Saller.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sieben Minuten und dreißig Sekunden trennen uns vom Feierabend. Wir haben uns aber tatsächlich mit einem ernsten Thema zu beschäftigen. Die Meldungen sind gerade eingelaufen: Offensichtlich wurden jetzt die Zölle, außer diejenigen gegen China, für die nächsten 90 Tage mit sofortiger Wirkung zurückgenommen. Somit steht ein Aufschub von 90 Tagen im Raum.

Trotzdem ist festzustellen, dass Donald Trump schon 1987 in drei großen Tageszeitungen verkündet hat, dass sich die ganze Welt an Amerika dumm und dämlich verdiene, weil Amerika dieses Außenhandelsdefizit habe. Das heißt, es ist eine Idee, die verfolgt ihn seit über 35 Jahren, und es ist deswegen davon auszugehen, dass wir uns mit dieser Zollproblematik nach diesen 90 Tagen weiterhin zu beschäftigen haben werden.

Dabei ist der Blick natürlich sehr kurz gefasst; denn der reine Vergleich des Außenhandelsdefizits berücksichtigt nur den Austausch von Handelswaren, nicht aber von Dienstleistungen. Das ist vorher schon gesagt worden. Natürlich verdienen die amerikanischen Unternehmen mit Dienstleistungen sehr viel im Ausland, vor allem auch in Europa, und das wird im Moment in der Form überhaupt nicht erfasst.

Was dabei auch übersehen wird, ist, dass nahezu die ganze Welt in der US-Leitwährung, dem US-Dollar, verschuldet ist. Diese Erkenntnis führt letztlich dazu, das Außenhandelsdefizit etwas korrigierter zu sehen. Dies sollten die Berater dem Präsidenten eigentlich gesagt haben.

Was können wir tun? – Es ist schon einiges gesagt worden. Wir brauchen eine Unterstützung von allen aktuellen Initiativen, welche die EU-Kommission letztendlich einleiten wird. Meine Damen und Herren, jetzt ist Europa gefragt. Europa muss jetzt etwas tun, und es ist vielleicht gar nicht schlecht, dass Europa jetzt gefordert ist, sich zu committen und letztendlich geschlossen aufzutreten. Wir brauchen Europa in anderen Bereichen auch: Wir müssen Verteidigungsfähigkeit herstellen, und wir müssen

miteinander Transformationsleistungen erbringen. Insoweit schadet es jetzt nicht, den europäischen Handel – die Europäische Union begann eigentlich als Handelsunion – wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Wir müssen die EU-Handelspolitik auch etwas diversifizieren. Wir können die Zölle nicht ungeschehen machen. Wir werden eine Gegenreaktion erwägen müssen; aber uns verbindet gerade als Freistaat Bayern eine sehr enge Beziehung mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir werden diese Wirtschaftsbeziehungen jetzt sicherlich nicht auf die Probe stellen, sondern wir werden weiterhin versuchen, enge Beziehungen mit Amerika zu halten.

Was wir auch machen müssen, und das sagen wir seit der Zeit, die ich hier im Landtag bin: Wir müssen endlich mit den Strukturreformen vorankommen. Wir müssen die bayerische Wirtschaft entlasten. Wir müssen sie insbesondere deswegen entlasten, um die Zusatzbelastungen durch die Zölle in irgendeiner Form kompensieren zu können.

Ich sage noch etwas zu der Forderung Nummer eins, Unterstützung aktueller Initiativen. Was kann man machen? – Wir haben im Moment diese pauschalen 20 %, die in einigen Produktgruppen sogar noch höher werden. Dabei geht es natürlich darum, dass man generelle Verhandlungen aufnehmen muss. Wir müssen versuchen, mit den USA zu mehr Freihandel zu kommen. TTIP – das ist vorher schon angesprochen worden – ist damals am Ende des Tages etwas unglücklich gescheitert. Ich denke, die Zeit dafür ist reif, und in 90 Tagen kann man einiges an Verhandlungen wieder aufnehmen. Wir müssen das Freihandelsabkommen mit den USA jetzt wieder diskutieren und auf den Weg bringen. – Ein ganz wichtiger Punkt aus meiner Sicht.

Was müssen wir tun? – Forderungen nach Diversifizierung in der US-Handelspolitik. Wir brauchen den Abschluss von neuen EU-Handelsverträgen mit dem Fokus auf Zollabbau, ohne Ratifikation durch die Mitgliedstaaten, um die Diversifizierung der Absatzmärkte für die bayerische Wirtschaft zu forcieren. Wir brauchen ein Signal der

Handlungsfähigkeit der EU gegenüber Trump. Es muss klar sein, dass die EU nicht nur auf den amerikanischen Markt angewiesen ist; sondern wir brauchen auch andere Abkommen, die bisher nicht abgeschlossen sind. Das Mercosur-Abkommen ist vorher schon genannt worden. Wir müssen uns mit Indien und Südostasien beschäftigen. Das sind Märkte, in denen bayerische Firmen künftig verstärkt auftreten können.

Wir brauchen eine Beendigung bürokratischer Regulierung im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten. Ich glaube, es ist jetzt endgültig klar, dass das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz weg muss und dass auch die EU-Lieferkettenrichtlinie noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden muss.

Meine Damen und Herren, wir brauchen, und das habe ich vorher schon gesagt, einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den US-Bundesstaaten. Wir haben in München und Bayern fünf Wirtschaftsbüros von US-Bundesstaaten, und zwar der Staaten Florida, Georgia, South Carolina, Tennessee und Virginia. Mit diesen Staaten ist das Wirtschaftsministerium eng vernetzt und bezieht diese in die Planung ein. Wir planen mit dem Wirtschaftsminister eine Delegationsreise nach North und South Carolina Ende Juni, Anfang Juli. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass dieser Dialog fortgesetzt wird.

Unsere Aufgabe, die wir in Bayern erfüllen können, ist die Entlastung der Wirtschaft. Das sind letztendlich die Dinge, die jetzt die neu gewählte Koalition auch im Bund auf den Weg bringen muss. Wir brauchen endgültig eine Senkung der Unternehmenssteuern. Das ist wichtig. Wir müssen schauen, dass die Wirtschaft wieder in Fahrt kommt. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir die Sozialversicherung reformieren. Wir brauchen unter anderem längere, flexiblere Arbeitszeiten. Das Arbeitszeitgesetz wird in diesem Zusammenhang dringend auf den Prüfstand zu stellen sein. Wir müssen mehr Personal rekrutieren, zum Beispiel durch die Anwerbung von ausländischen Pflegekräften. Wir brauchen Lohnzusatzkosten unter 40 %, und wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise.

Das sind alles Dinge, die wir die letzten Wochen und Monate schon oft gesagt haben. Wir brauchen eine Entrümpelung der Genehmigungsverfahren, Selbstkontrolle und Selbstverpflichtung in allen Bereichen statt gesetzlicher Berichtspflichten. Wir brauchen wirtschaftsorientierte Genehmigungen und insgesamt einen entsprechenden Abbau der Bürokratie. Ich sehe gerade, meine Redezeit ist zu Ende, aber es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kollege Saller, es waren, glaube ich, nur sieben-einhalb Minuten, deswegen verlängere ich gerne noch einmal. Ich habe gerade vernommen, dass du dich für das Mercosur-Abkommen ausgesprochen hast. Ich habe bei den FREIEN WÄHLER dazu bisher sehr viel Zurückhaltung wahrgenommen. Wie ist eure Position dazu? Wollt ihr wirklich, dass wir Mercosur möglichst schnell zum Laufen bekommen, oder kommt eventuell doch wieder eine Blockade vonseiten der FREIEN WÄHLER?

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Das Problem liegt im Moment hauptsächlich im Bereich der Landwirtschaft. Es gibt noch einige ungeklärte Fragen, die aus meiner Sicht dringend und pragmatisch angegangen werden müssen, aber generell bin ich der Meinung, wenn diese Politik aus den USA, die wir jetzt erleben, Schule macht, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als so viele Handelsabkommen mit Partnern auf der Welt abzuschließen, wie es nur irgendwie möglich ist. Dazu gehört auch Mercosur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/6242 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/6243 mit 19/6246 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Nachhauseweg.

(Schluss: 22:59 Uhr)